



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Neue Bücher

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Proletariats zu beseitigen, in Konflikt zu kommen scheint, sobald sie sich einer Arbeitsgemeinschaft anschließt, die nur völkische Ziele durchsetzen muß. Andererseits ist sie es aber zunächst den Proletariern ihres eigenen Landes schuldig, deren Nöte zu beseitigen, und sich zu fragen, ob gegenwärtig die Zeit ist, die internationalen Ziele auf Kosten der Existenz als Genossen eines großen Volkes zu verfolgen.

Ohne diese, dem parteipolitischen Programm entsprechende Konstruktion wird der scheinbare Gegensatz zwischen „bürgerlicher“ und sozialdemokratischer Stellungnahme zur Polenfrage inhaltlos. Es handelt sich um eine Lebensfrage für beide. Und angesichts der Entwicklung Polens zu einem Staat, der durchaus imperialistisch und gemessen an der gegenwärtigen Form unseres Staatskörpers reaktionär ist, bedeutet es für die Ziele der Sozialdemokratie eine Gefahr, wenn sie den Gefahren, die ihr von polnischer Seite drohen, nicht entgegentritt. Wir alle, „Bürgerliche“ wie Sozialisten, haben dasselbe Interesse, was unsere nationale Zugehörigkeit anbelangt, und gerade für die Arbeiterschaft, deren Ideale erst noch verwirklicht werden müssen, sind jetzt völkische und proletarische Interessen dasselbe.

Ich erblicke in den deutschen Volksräten die Organisation, die als Ausdruck des Volkswillens den polnischen Ansprüchen gegenüber gewertet werden muß und am wirksamsten in Erscheinung treten kann. Die Volksräte müssen in engerer Fühlung mit allen Schichten und allen Berufsclassen unserer deutschen Bevölkerung stehen. Unter der Führung der Mehrheitssozialdemokratie entwickelt sich unser Staatswesen zu einer Volksgemeinschaft, bei der der Unterschied zwischen „Bürgerlichen“ und „Sozialdemokraten“ auch nur eine einseitige Konstruktion ist. Wir sind alle Bürger dieser Volksgemeinschaft und wir alle müssen ihre elementarsten Lebensinteressen stützen. In den deutschen Volksräten werden also alle parteipolitischen Gesichtspunkte auf das Ursprüngliche zurückgestellt werden müssen: auf unser Deutschtum, das alles überbrücken sollte, was gegenwärtig Zwiespalt und Ohnmacht bedeutet. Einer muß dem anderen vertrauen und helfen. Wir müssen und werden in diesen Arbeitsgemeinschaften dahin kommen, daß der Arbeiter mit dem Grafen an demselben Tische sitzt und beide ratschlagen, wie sie deutsch bleiben, und beide handeln gemeinsam. Guter Wille von beiden Seiten, dann wird die Lösung so möglich, wie sie notwendig ist. Robert Heinz Heygrodt

Neue Bücher

Zur europäischen Politik 1897—1914. Unveröffentlichte Dokumente. Im amtlichen Auftrage herausgegeben unter Leitung von Bernhard Schwertfeger. Reimar Hobbing Verlag, Berlin 1919. Band 1 und 2.

Wenn irgend eine Maßregel des törichterweise ermordeten bayerischen Ministerpräsidenten Schaden angerichtet hat, so ist es seine Veröffentlichung über die Schuldfrage am Kriege gewesen. Eisner mag dabei die allerbeste Absicht gehabt haben, seiner Intelligenz und politischen Einsicht hat er damit, abgesehen davon, daß es immer ein Fehler ist, der Regierung des eigenen Volkes, auch einer ehemaligen, in außerpolitischen Dingen in den Rücken zu fallen, ein schlechtes Zeugnis ausgestellt, denn einmal hat er die Bedeutung dieser Schriftstücke geradezu maßlos überschätzt — u. a. hat bereits Hans Delbrück ihre geringe wirkliche Tragweite erörtert — dann ist aber auch die ganze Einstellung und Methode falsch. Selbst in den Zeiten unumschränkter Kabinettherrschaft hat ein Krieg immer einen Komplex von Ursachen gehabt, von denen die wesentlichen eben in der Geschichte, Geographie, Ethnographie und Wirtschaft der kriegsführenden Länder organisch gegeben waren und nicht der ist ein Urteil über Kriegsschuld zu fällen berechtigt, der seinen Blick von den kleinen Zufälligkeiten des Augenblicks nicht loszureißen vermag, sondern nur der, der die großen Fäden geschichtlicher Zusammenhänge zu verfolgen in der Lage ist.

Das auf politischem Gebiete selbständig und unbeeinflusst zu tun, ist Gelegenheit geboten durch die vorliegende Dokumentensammlung. Sie bildet eine überaus wertvolle Ergänzung der 1915 vom Berliner Auswärtigen Amt herausgegebenen belgischen Gesandtschaftsberichte und übertrifft sie um ein beträchtliches an historischem Wert und Weite des Gesichtskreises. Denn während die „Belgischen Aktenstücke“ sich lediglich auf die Gesandtschaftsberichte aus London, Berlin und Paris stützen, besitzen wir in diesen bei der Durchsicht der Aktenstücke des belgischen Ministeriums des Äußeren in Brüssel gefundenen mechanisch vervielfältigten Berichten das Werkzeug, dessen sich die belgische Regierung bedient hat, um ihre diplomatischen Vertreter im Auslande wechselseitig über die Berichterstattung ihrer Kollegen auf den anderen Gesandtschaftsposten zu unterrichten. Sie sind also von der belgischen Regierung selbst unter Verwertung aller ihr zu Gebote stehenden Informationen verfaßt worden. Aus ihnen nun geht einwandsfrei hervor, daß während der ganzen achtzehn Jahre, die dem Weltkrieg vorangingen, Deutschland von belgischer Seite — und im allgemeinen waren die Diplomaten des kleinen Landes gut unterrichtet — niemals als Friedensstörer angesehen worden ist. Das erhellt nicht nur aus einer oder zwei Stellen vielleicht voreingenommener Beobachter, sondern aus den jahrelangen verantwortlichen Feststellungen kluger und unparteiischer Beurteiler. Glänzender als es hier von seiten unserer jetzigen Feinde geschehen ist kann Deutschlands Friedensliebe und innere Schuldblosigkeit am Kriege nicht einmal von uns selbst dargestellt werden. Unsere ganze Schuld war, daß wir ein großes Volk wurden, Kolonien haben und Welthandel treiben wollten. Ungeschicklichkeiten sind gewiß auch von unserer Seite begangen worden, aber wo immer in all diesen vielen Berichten von Bedrohung des Friedens oder Angriffsabsichten die Rede ist, immer wird die Initiative dazu auf unsere jetzigen Gegner zurückgeführt.

Die Berichte sind zum großen Teil glänzend und sehr fesselnd geschrieben und bilden mit den knapp zusammenfassenden und klar gruppierenden Einleitungen der Herausgeber eine direkt spannend zu nennende Lektüre, die dem Historiker wie dem Laien gleicherweise auf das wärmste zu empfehlen ist. R. S.

Walther Schotte, Der Weg zur Geseßlichkeit. Die demokratischen Verfassungen der Welt im deutschen Wortlaut. 210 S. S. K. Engelmann. Berlin 1919. Geh. M. 5.—.

Der bekannte großdeutsche Politiker und Publizist hat die dankenswerte Idee gehabt, für die Zwecke der konstituierenden Nationalversammlung die markantesten und interessantesten Dokumente zusammenzustellen, in denen der politische Geist der abendländischen Menschheit seine verfassungsrechtlichen Erfahrungen niederlegte. Ausgewählt sind: die Fundamental Orders of Connecticut (1639), das dritte Agreement of the People (1649), die Verfassungen der Union (1787), der Paulskirche (1849), der Eidgenossenschaft (1874), der dritten französischen Republik (1875) und der Sowjets (1918). Verfassungstexte sind keine beliebte Lektüre, auch wenn sie, wie im vorliegenden Falle, in der Muttersprache mundrecht gemacht werden; es ist darum zu begrüßen, daß der Verfasser über seine eigentliche Absicht hinaus selber einen Aufriß unseres künftigen politischen Hauses, eine Würdigung und Kritik modern-demokratischer Forderungen auf dem Gebiete des Verfassungsrechts versucht. Zunächst handelt es sich gewissermaßen um den Baustil. Um unsere verfassungsrechtliche Isolierung, unser innerpolitisches Anderssein zu vermeiden, müssen wir uns von Archaismen sowohl wie von Futurismen gleich weit entfernt halten: gehört das monarchisch-konstitutionelle Regime der Vergangenheit an, so darf das bolschewistisch-konstitutionelle nicht sein Nachfolger werden — Zum Vorkämpfer des juste milieu ist das Bürgertum berufen. Es war der eigentliche Träger des Krieges, auch in den feindlichen Ländern, und hat als solcher, wie Schotte sagt, auf der falschen Seite gestanden, insofern es sich über das Ziel, das ein imperialistisches alten Stils war, täuschte und sich der dünnen Führungsschicht in Handel, Industrie, Banken, Großgrundbesitz, den eigentlichen Interessenten angeschlossen, obwohl es wirtschaftlich und sozial viel mehr mit

dem Proletariat in einer Einheitsfront zusammengehört. Trotzdem wird die Frage seiner gesonderten, von diesem scharf geschiedenen Organisation vom Verfasser für die Zukunft energisch bejaht, weil die bourgeoise Lebenslust der individuellen Freiheit der Uniformität proletarischer Verhältnisse grundsätzlich widerstreite. In die große bürgerlich-demokratische Partei sollen aber auch die Kapitäne des Wirtschaftens hinein; diesmal scheint also die breite Masse des Bürgertums bei der Fusion mit jenen nicht „auf der falschen Seite“ zu stehen! — In der Frage Einheitsstaat oder Bundesstaat? vertritt der Verfasser einen gemäßigten Föderalismus, der dem Reiche gibt, was des Reiches sein sollte, aber bisher noch nicht immer war, der die Bundesstaaten nicht departementalisiert, aber immerhin doch zu „Ländern“ umgewandelt wissen will, zwar immer noch mit eigener (aber „abgeleiteter“) Souveränität. Ein Votum also gegen den Einheitsstaat, weil eine starke Zentralgewalt vor der Hand nicht erreichbar sei, was man, wie die Dinge heute stehen, zugeben muß, zugleich aber die Forderung einer Neueinteilung Deutschlands, die „die großen Schwierigkeiten des bundesstaatlichen Problems lösen würde“. Ob damit alles getan wäre, lassen wir dahingestellt sein, angenehm berührt jedenfalls die paritätische Gesinnung bei dem Teilungsprojekt, die mit der politischen Separationsgesetzgebung nicht wie jetzt so häufig an der Mainlinie Halt macht. Die Länder sollen ein weites Regierungs- und Verwaltungsgebiet behalten u. a. die gesamte Kulturpolitik. Dabei erheben sich doch jene Gefahren kultureller Nationalpolitik, vor denen Professor Becker vom Kultusministerium jüngst in der „Vossischen Zeitung“ eindringlich warnte. Die wichtige Frage Staatenhaus bezw. Länderhaus oder Bundesrat beantwortet Verfasser mit einem Sowohlalsauch, indem er diesen eventuell als Art Staatsrat zur Vorberatung der Gesetze bestehen lassen will. Als „verfassungstechnische Probleme der Demokratie“ werden die „Konstruktion der legislativen Gewalten, die „Konstruktion der regierenden Gewalten“ sowie die „Garantien der Verfassung“ behandelt, und zwar in Form von fertigen Paragraphen mit abschnittsweise zusammenfassendem Kommentar. Unter den Vorbildern entscheidet sich Verfasser gegen Frankreich, für eine Kombination des englischen und amerikanischen, das heißt, des parlamentarischen und plebiszitär-präsidentialen Systems. Der Präsident der deutschen Republik soll (wie in Amerika, womöglich in noch reinerer Form) vom Volke gewählt werden, nicht vom Parlament (wie in Frankreich), weil er dann von diesem abhängig würde, es soll aber andererseits seine autokratische Macht durch die parlamentarische Regierungsweise nach englischem Muster eingeschränkt werden. Den gleichen Standpunkt vertritt befallentlich die Denkschrift des Staatssekretärs Preuß, und man kann sagen, daß er wohl begründet ist. Auf die vom Verfasser mit großer Sorgfalt gearbeitete Struktur der Gewalten können wir hier nicht näher eingehen.

Aus der Erkenntnis, daß wesentliche Gedanken der Demokratie bisher in Deutschland nicht begriffen oder mißverstanden sind, und dem Wunsche, Positives zu leisten, entstand Schottes Arbeit. Wir glauben, daß ihr auch im Schoße der Nationalversammlung, der sie gewidmet ist, solche positiven Aufgaben zufallen und empfehlen ihr Studium den Männern und Frauen, von denen jetzt Deutschlands Zukunft abhängt, steht sie doch würdig neben der Denkschrift des Staatssekretärs Preuß und den Aufsätzen Max Webers in der „Frankfurter Zeitung“ über „Die deutsche Staatsform“.

Dr. H. O. Meisner

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.

Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Viertelstraße West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a.
 Fernsprecher des Herausgebers: Amt Vierterstraße 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bügum 6510.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a.
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Defauer Straße 86/87.